

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Helmut Holter, Fraktion DIE LINKE

Öffentlich-private Partnerschaften

und

ANTWORT

der Landesregierung

Vorbemerkung

Die Zuordnung von Investitionsmaßnahmen unter den Begriff Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP / PPP – Public Private Partnership) bedarf zunächst der Erläuterung von ÖPP:

ÖPP ist eine Alternative zur konventionellen Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur. Durch Runderlass des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 15. Dezember 2011 wurde ÖPP als mögliche Realisierungsvariante in den Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau) verankert. ÖPP ist damit als Beschaffungsvariante bei der Analyse der Bedarfsdeckungsmöglichkeiten einzubeziehen.

Nach übereinstimmender Definition auf Bund-Länder-Ebene ist unter einer ÖPP die langfristige vertraglich geregelte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft zur wirtschaftlichen Erfüllung öffentlicher Aufgaben zu verstehen. Bei einer ÖPP werden die erforderlichen Ressourcen in einen gemeinsamen Organisationszusammenhang gestellt und vorhandene Projektrisiken entsprechend der Risikomanagement-Kompetenz der Projektpartner angemessen verteilt.

Der private Partner übernimmt regelmäßig die komplette Bereitstellung der Immobilie und gewährleistet den reibungslosen Betrieb bis hin zu umfangreichen Service-Leistungen.

Die öffentliche Hand fungiert als Auftraggeber und zahlt dem Privaten ein Entgelt, über das er seine Aufwendungen refinanziert.

Dabei sind bestimmte hoheitliche Aufgaben nicht auf den Privatsektor übertragbar, wie Bedarfsfeststellung, Wirtschaftlichkeitsnachweis, Gestaltung des Wettbewerbs, Vertragsmanagement, Leistungsüberwachung sowie Festlegung von Zuschüssen. Hierdurch behält die öffentliche Hand die Kontrolle über den Beschaffungsvorgang.

In einer ÖPP sind prinzipiell alle operativen nicht hoheitlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der Planung und Entwicklung, der Errichtung, der Finanzierung, dem Betrieb sowie der Verwertung auf den privaten Partner delegierbar.

ÖPP sind gekennzeichnet vom sogenannten Lebenszyklusansatz. Sämtliche Aufgaben innerhalb des Projektes sind dabei zwischen öffentlicher Hand und privatem Partner vertraglich geregelt. Dazu gehören:

Planen → Bauen → Finanzieren → Investieren → Erhalten → Betreiben

Das Zusammenführen dieser Phasen in einen organisatorischen Zusammenhang ist das ausschlaggebende Kriterium für das Vorliegen einer ÖPP.

Der Private Partner ist dabei „Gehilfe“ der öffentlichen Hand, die als Auftraggeber fungiert, und trägt zudem umfangreiche Risiken in allen Lebenszyklusphasen des Projektes.

Erst hierdurch gelangt man zu den Zielsetzungen als Charakteristika für ÖPP:

- Lebenszyklusansatz,
- Effizienzgewinne durch sinnvolle Aufgabenverteilung,
- Risikotransfer mit sachgerechter Verteilung,
- Schaffung von Anreizstrukturen und Erschließung von Innovationspotentialen,
- Nutzung von privatem Know-How und Kapital sowie
- langfristige, vertraglich geregelte Partnerschaft mit klaren Verantwortlichkeiten.

Darüber hinaus gibt es zwar weitere Partnerschaftsmodelle zwischen Öffentlicher Hand und Privaten Partnern. Entscheidend für die Abgrenzung zu einer ÖPP ist jedoch die vertragliche Verteilung der Aufgaben und Risiken über die Lebenszyklusdauer des Projektes. Hier werden bei einem Wirtschaftlichkeitsvergleich mit der konventionellen Realisierung die Kosten über den gesamten Lebenszyklus transparent gemacht. ÖPP wird dabei nur als wirtschaftlichere Variante realisiert.

Seitens des Landes liegen keine ÖPP vor und sind nach hiesigem Kenntnisstand derzeit auch nicht konkret geplant. In der PPP-Projekt Datenbank im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (www.ppp-projekt-datenbank.de) sind dementsprechend lediglich kommunale ÖPP-Projekte innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns erfasst.

Die im Einzelplan 12, Anhang 4 zum Wirtschaftsplan des Sondervermögens Betrieb für Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern (BBL M-V) und zuvor seit 1994 im Einzelplan 12, Kapitel 1214 zusammengefassten Hochbaumaßnahmen mit besonderer Finanzierungsform werden alternativ zu diesem Begriff auch als sogenannte Investorenbauten bezeichnet, zu denen im Folgenden auch im Rahmen dieser Kleinen Anfrage Stellung genommen wird.

Über öffentlich-private Partnerschaften berichteten beispielsweise die „Welt am Sonntag“ am 9. Februar 2014 im Beitrag „Der verkaufte Staat“ sowie der Sender „ARTE“ am 11. Februar 2014 in der Sendung „Der geplünderte Staat“ sehr kritisch. Bei öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) investieren private Unternehmen in öffentliche Infrastruktur, um sie zu betreiben. ÖPP werden zunehmend genutzt, um die sogenannte Schuldenbremse zu umgehen. Die in den Berichten aufgezeigten Beispiele verdeutlichen, dass ÖPP der öffentlichen Hand teurer kommt als wenn sie selbst investiert hätte. So wurden die Investitionskosten für die Justizvollzugsanstalt Waldeck mit 59 Millionen Euro beziffert, während die Mietkosten über 30 Jahre 120 Millionen Euro ausmachen.

1. Wie viele und welche öffentlich-private Partnerschaften im Einzelnen wurden auf Landesebene bisher eingegangen oder sollen eingegangen werden?

Auf Landesebene wurden bislang vierzehn Investorenbaumodelle umgesetzt. Hiervon sind fünf als Mietobjekte beendet:

- Amtsgericht Rostock - Ankauf 2003
- Finanzamt Wolgast - Nutzungsaufgabe nach Ablauf der Grundmietzeit 2009
- Justizzentrum Stralsund - Ankauf 2009
- Grundbuchamt Rostock - Ankauf 2010
- Generalstaatsanwaltschaft Rostock - Ankauf 2012

Neun Objekte sind derzeit angemietet:

- Justizvollzugsanstalt (JVA) Waldeck
- Amtsgericht Ribnitz-Damgarten
- Landesbesoldungsamt Neustrelitz
- Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mittleres Mecklenburg, Dienststelle Bützow
- Amts- und Finanzgericht Greifswald
- Finanzamt Ribnitz-Damgarten
- Polizeizentrum Anklam
- Polizeizentrum Schwerin-Krebsförden
- Justizvollzugsanstalt Neustrelitz (Jugendanstalt)

2. Welche vertraglichen Regelungen wurden für die ÖPP jeweils getroffen bzw. sollen getroffen werden, insbesondere in Hinblick auf Nutzungsdauer/Bindungsfristen, Nutzungsentgelt/Mietkosten pro Jahr und über die Vertragslaufzeit (bitte im Einzelnen auflisten)?

Die wesentlichen vertraglichen Regelungen für die Investorenbauten stellen beziehungsweise stellen sich wie folgt dar:

| Dienststelle | Mietbeginn | Ende der Festmietzeit | Verlängerungsoption ja/nein/Dauer |
|--|-------------------|------------------------------|--|
| Polizeizentrum Schwerin-Krebsförden | 01.03.2002 | 28.02.2022 | ja 5 Jahre |
| Amtsgericht Ribnitz-Damgarten | 15.03.1997 | 14.03.2017 | ja 2 x 5 Jahre |
| Justizvollzugsanstalt Waldeck | 08.07.1996 | 30.09.2026 | ja 5-Jahresintervalle |
| Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mittleres Mecklenburg, Dienststelle Bützow | 01.10.1997 | 30.09.2017 | ja 5-Jahresintervalle |
| Finanzamt Ribnitz-Damgarten | 01.01.1998 | 30.06.2020 | nein |
| Amts- und Finanzgericht Greifswald | 01.01.1998 | 31.12.2022 | ja 2 x 5 Jahre |
| Landesbesoldungsamt Neustrelitz | 01.08.1997 | 31.07.2017 | nein |
| Polizeizentrum Anklam | 07.03.2001 | 07.03.2021 | ja 1 x 10 Jahre |
| Jugendanstalt Neustrelitz | 01.02.2001 | 31.01.2021 | siehe Frage 5 |
| Amtsgericht Rostock | 1995 | 31.12.2011 | ja 1 x 10 Jahre |
| Grundbuchamt Rostock | 01.12.1997 | 30.11.2017 | ja 1 x 10 Jahre |
| Generalstaatsanwaltschaft Rostock | 01.05.1994 | 30.04.2014 | ja 1 x 10 Jahre |
| Justizzentrum Stralsund | 01.01.1997 | 31.12.2018 | ja 1 x 5 Jahre |
| Finanzamt Wolgast | 01.09.1994 | 31.08.2009 | ja 1-Jahresintervalle |

Die geleisteten Mietzahlungen stellen beziehungsweise stellen sich vorbehaltlich zukünftiger Mietanpassungen aufgrund von Veränderungen des Verbraucherpreisindexes auf Basis vertraglicher Abreden wie folgt dar:

Polizeizentrum Schwerin- Krebsförden

| Jahr | Miete/Jahr in Euro |
|-------------|---------------------------|
| 2002 | 858.344,58 |
| 2003 - 2021 | 1.104.000,00 |
| 2022 | 263.111,43 |

Wenn das Vertragsverhältnis 2022 beendet wird, fällt eine Schlusszahlung in Höhe von rund 2.700 TEUR an zur Ablösung des Nutzungsrechtsvertrages. Die Liegenschaft befindet sich im Eigentum des Landes.

Amtsgericht Ribnitz-Damgarten

| Jahr | Miete/Jahr in Euro |
|-------------|---------------------------|
| 1997 | 249.334,16 |
| 1998 - 2001 | 313.352,39 |
| 2002 - 2003 | 313.352,40 |
| 2004 | 235.014,30 |
| 2005 | 313.352,40 |
| 2006 | 346.726,09 |
| 2007 - 2010 | 334.430,52 |
| 2011 | 353.251,52 |
| 2012 - 2013 | 357.015,72 |
| 2014 - 2015 | 379.480,00 |
| 2016 | 392.717,29 |
| 2017 | 81.816,10 |

Justizvollzugsanstalt Waldeck*

| Jahr | Miete/Jahr in Euro |
|-------------|---------------------------|
| 2014 - 2026 | 4.148.792,28 |

* Die Mietzahlungen für die Jahre 1996 bis 2013 sind in der Übersicht zu Frage 6 aufgeführt.

**Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mittleres Mecklenburg, Dienststelle
Bützow**

| Jahr | Miete/Jahr in Euro |
|-------------|---------------------------|
| 1997 | 57.980,50 |
| 1998 - 2000 | 231.922,00 |
| 2001 | 235.980,63 |
| 2002 | 240.110,30 |
| 2003 | 244.312,23 |
| 2004 | 186.440,76 |
| 2005 | 252.937,80 |
| 2006 | 257.364,12 |
| 2007 | 261.867,96 |
| 2008 | 266.450,64 |
| 2009 | 271.113,48 |
| 2010 | 275.857,92 |
| 2011 | 280.685,40 |
| 2012 | 285.597,48 |
| 2013 | 290.595,48 |
| 2014 | 295.680,96 |
| 2015 | 299.855,36 |
| 2016 | 306.120,35 |
| 2017 | 233.608,09 |

Finanzamt Ribnitz-Damgarten

| Jahr | Miete/Jahr in Euro |
|-------------|---------------------------|
| 1998 | 440.477,96 |
| 1999 | 515.746,60 |
| 2000 | 502.346,11 |
| 2001 | 488.304,48 |
| 2002 | 533.519,46 |
| 2003 | 531.792,87 |
| 2004 | 505.071,00 |
| 2005 | 517.853,28 |
| 2006 | 530.993,48 |
| 2007 | 528.550,38 |
| 2008 | 506.516,24 |
| 2009 | 390.470,94 |
| 2010 | 531.518,43 |
| 2011 | 683.814,35 |
| 2012 | 565.263,68 |
| 2013 | 580.858,08 |
| 2014 | 596.861,52 |
| 2015 | 613.273,99 |
| 2016 | 630.095,49 |
| 2017 - 2020 | 647.326,03 |

Amts- und Finanzgericht Greifswald

| Jahr | Miete/Jahr in Euro |
|-------------|---------------------------|
| 1998 | 326.838,03 |
| 1999 | 332.361,75 |
| 2000 | 393.577,46 |
| 2001 | 403.312,66 |
| 2002 | 409.478,04 |
| 2003 | 417.667,68 |
| 2004 | 389.669,94 |
| 2005 | 528.080,40 |
| 2006 | 536.771,28 |
| 2007 | 616.277,02 |
| 2008 | 646.165,32 |
| 2009 | 662.319,48 |
| 2010 | 678.877,44 |
| 2011 | 695.849,40 |
| 2012 | 713.245,68 |
| 2013 | 731.076,84 |
| 2014 | 749.353,80 |
| 2015 | 768.087,65 |
| 2016 | 787.289,76 |
| 2017 | 806.972,04 |
| 2018 | 827.146,32 |
| 2019 | 847.824,96 |
| 2020 | 869.020,56 |
| 2021 | 890.746,08 |
| 2022 | 913.014,72 |

Landesbesoldungsamt Neustrelitz

| Jahr | Miete/Jahr in Euro |
|-------------|---------------------------|
| 1997 | 138.902,72 |
| 1998 | 347.556,25 |
| 1999 | 344.333,85 |
| 2000 | 345.107,41 |
| 2001 | 352.411,94 |
| 2002 | 415.416,42 |
| 2003 | 465.927,44 |
| 2004 | 343.175,01 |
| 2005 | 458.483,95 |
| 2006 | 459.365,64 |
| 2007 | 453.590,42 |
| 2008 | 451.516,31 |
| 2009 | 446.420,56 |
| 2010 | 440.603,51 |
| 2011 | 448.271,17 |
| 2012 | 522.198,83 |
| 2013 | 600.073,42 |
| 2014 | 608.771,83 |
| 2015 | 609.880,23 |
| 2016 | 611.258,70 |
| 2017 | 357.017,88 |

Polizeizentrum Anklam (Ankauf in 2014 geplant)

| Jahr | Miete/Jahr in Euro |
|-------------|---------------------------|
| 2001 | 832.243,71 |
| 2002 | 1.184.178,11 |
| 2003 | 1.345.816,43 |
| 2004 | 1.116.846,24 |
| 2005 | 1.344.107,40 |
| 2006 | 1.347.231,08 |
| 2007 - 2012 | 1.347.447,12 |
| 2013 | 1.347.824,02 |
| 2014 | 1.309.923,36 |

Jugendanstalt Neustrelitz

| Jahr | Miete/Jahr in Euro |
|-------------|----------------------------------|
| 2001 | 2.058.512,01 |
| 2002 | 2.746.426,01 |
| 2003 - 2013 | 2.745.938,64 |
| 2014 - 2015 | 2.746.000,00 |
| 2016 - 2020 | 2.745.938,64 |
| 2021 | 228.828,22 |
| 2021 | rund 6.800.000 Schlusszahlung |

Amtsgericht Rostock

| Jahr | Miete/Jahr in Euro |
|-------------|---------------------------|
| 1995 - 1996 | 1.574.876,88 |
| 1997 | 1.514.250,44 |
| 1998 - 2001 | 1.628.631,55 |
| 2002 | 1.628.631,60 |
| 2003 | 814.315,80 |

Grundbuchamt Rostock

| Jahr | Miete/Jahr in Euro |
|-------------|---------------------------|
| 1997 | 29.654,93 |
| 1998 | 355.859,15 |
| 1999 | 395.583,71 |
| 2000 - 2001 | 382.342,19 |
| 2002 - 2007 | 382.342,20 |
| 2008 | 398.372,01 |
| 2009 | 382.342,20 |
| 2010 | 318.618,50 |

Generalstaatsanwaltschaft Rostock

| Jahr | Miete/Jahr in Euro |
|-------------|---------------------------|
| 1994 | 105.526,79 |
| 1995 - 1998 | 361.096,31 |
| 1999 | 356.909,32 |
| 2000 | 274.356,24 |
| 2001 | 283.816,81 |
| 2002 - 2007 | 283.816,80 |
| 2008 | 329.352,88 |
| 2009 | 325.794,44 |
| 2010 - 2011 | 341.947,92 |
| 2012 | 113.982,64 |

Justizzentrum Stralsund

| Jahr | Miete/Jahr in Euro |
|-------------|---------------------------|
| 1997 | 1.710.873,11 |
| 1998 | 1.695.534,36 |
| 1999 | 1.710.873,11 |
| 2000 | 1.782.453,98 |
| 2001 | 2.033.949,26 |
| 2002 - 2003 | 2.080.442,52 |
| 2004 | 1.488.653,96 |
| 2005 | 2.294.625,43 |
| 2006 | 2.155.165,17 |
| 2007 | 2.245.532,64 |
| 2008 | 2.083.798,68 |
| 2009 | 1.159.533,14 |

Finanzamt Wolgast

| Jahr | Miete/Jahr in Euro |
|-------------|---------------------------|
| 1994 | 144.542,21 |
| 1995 - 1998 | 433.674,81 |
| 1999 | 458.855,94 |
| 2000 | 542.793,04 |
| 2001 | 635.123,85 |
| 2002 - 2003 | 635.123,88 |
| 2004 | 476.342,91 |
| 2005 - 2007 | 635.123,88 |
| 2008 | 415.012,19 |
| 2009 | - * |

* mit Landesforderungen aus demselben Mietverhältnis aufgerechnet.

3. Wie hoch beliefen sich die jeweiligen Investitionskosten im Vergleich zu den Nutzungsentgelten/Mietkosten über die Vertragslaufzeit und welche Kosten sind zusätzlich vom Land zu tragen (bitte für jedes ÖPP gesondert auflisten)?

Zu den Mietkosten über die Vertragslaufzeit wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

Die jeweiligen Investitionskosten, soweit bekannt und wie sie sich aus den vertraglichen Grundlagen der Projekte ergeben, sowie die vom Land neben den Mieten aufgewendeten Kosten (Bauunterhalt, kleine Baumaßnahmen etc.), soweit bekannt, sind nachfolgend aufgeführt:

Polizeizentrum Schwerin-Krebsförden - Investitionskosten rund 13.600 TEUR

| Jahr | Zusätzliche Kosten (Bauunterhalt, kleine Baumaßnahmen etc.) in Euro |
|-------------|--|
| vor 2003 | keine Ausgaben |
| 2003 | 14.726,01 |
| 2004 | 6.364,87 |
| 2005 | 14.786,02 |
| 2006 | 29.733,49 |
| 2007 | 28.485,26 |
| 2008 | 28.168,06 |
| 2009 | 62.043,71 |
| 2010 | 73.240,23 |
| 2011 | 152.749,33 |
| 2012 | 109.754,27 |
| 2013 | 50.587,29 |

Amtsgericht Ribnitz-Damgarten - Investitionskosten rund 7.000 TEUR

| Jahr | Zusätzliche Kosten in Euro |
|-------------|-----------------------------------|
| 1993 | 196.420,73 |
| 1994 | 1.105,00 |
| 1995 | - |
| 1996 | - |
| 1997 | 111.099,20 |
| 1998 | - |
| 1999 | - |
| 2000 | 2.927,56 |
| 2001 | 6.970,91 |
| 2002 | 8.737,32 |
| 2003 | 20.788,30 |
| 2004 | 15.013,97 |
| 2005 | 8.970,81 |
| 2006 | 15.780,32 |
| 2007 | 6.467,98 |
| 2008 | 2.876,42 |
| 2009 | 4.355,50 |
| 2010 | 5.813,01 |
| 2011 | 5.499,42 |
| 2012 | - |
| 2013 | 4.695,50 |

**Justizvollzugsanstalt Waldeck - Investitionskosten rund 53.000 TEUR Investor
rund 3.200 TEUR Land (Ausstattung)**

| Jahr | Zusätzliche Kosten in Euro |
|-------------|-----------------------------------|
| 2000 | 2.996,90 |
| 2001 | 4.030,81 |
| 2002 | 57.744,85 |
| 2003 | 46.917,39 |
| 2004 | 56.535,21 |
| 2005 | 55.810,21 |
| 2006 | 91.784,16 |
| 2007 | 106.059,59 |
| 2008 | 92.595,53 |
| 2009 | 96.953,11 |
| 2010 | 69.424,67 |
| 2011 | 118.791,56 |
| 2012 | 221.535,33 |
| 2013 | 91.081,38 |

**Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mittleres Mecklenburg, Dienststelle
Bützow - Investitionskosten rund 4.500 TEUR**

| Jahr | Zusätzliche Kosten in Euro |
|-------------|-----------------------------------|
| vor 2005 | keine Ausgaben |
| 2005 | 10.634,37 |
| 2006 | 9.433,41 |
| 2007 | 3.171,25 |
| 2008 | - |
| 2009 | 4.273,56 |
| 2010 | 929,81 |
| 2011 | 1.388,53 |
| 2012 | 4.707,34 |
| 2013 | 1.136,27 |

Finanzamt Ribnitz-Damgarten - Investitionskosten rund 7.700 TEUR

| Jahr | Zusätzliche Kosten in Euro |
|-------------|-----------------------------------|
| vor 2002 | keine Ausgaben |
| 2002 | 238.519,35 |
| 2003 | 1.428,40 |
| 2004 | 2.897,30 |
| 2005 | 7.755,55 |
| 2006 | 12.561,68 |
| 2007 | 20.060,87 |
| 2008 | 23.015,25 |
| 2009 | 12.458,15 |
| 2010 | 8.601,41 |
| 2011 | 17.309,85 |
| 2012 | 41.048,68 |
| 2013 | 2.945,37 |

Amts- und Finanzgericht Greifswald - Investitionskosten rund 8.000 TEUR

| Jahr | Zusätzliche Kosten in Euro |
|-------------|-----------------------------------|
| 1997 | 24.135,02 |
| 1998 | 15.294,85 |
| 1999 | - |
| 2000 | - |
| 2001 | 16.397,58 |
| 2002 | - |
| 2003 | - |
| 2004 | 14.088,20 |
| 2005 | 3.818,81 |
| 2006 | 4.138,55 |
| 2007 | 7.340,11 |
| 2008 | 1.509,17 |
| 2009 | 2.811,56 |
| 2010 | 30.643,75 |
| 2011 | 3.844,93 |
| 2012 | 6.644,64 |
| 2013 | 12.610,26 |

Landesbesoldungsamt Neustrelitz - Investitionskosten rund 7.000 TEUR

| Jahr | Zusätzliche Kosten in Euro |
|-------------|-----------------------------------|
| 1996 | 10.583,00 |
| 1997 | 428.002,43 |
| 1998 | 28.939,12 |
| 1999 | 153.603,56 |
| 2000 | 180.546,94 |
| 2001 | 58.756,37 |
| 2002 | 61.478,14 |
| 2003 | 6.135,15 |
| 2004 | 29.823,34 |
| 2005 | 10.431,46 |
| 2006 | 31.553,80 |
| 2007 | 6.096,44 |
| 2008 | 29.034,14 |
| 2009 | 24.091,57 |
| 2010 | 5.008,10 |
| 2011 | 31.248,82 |
| 2012 | 24.868,18 |
| 2013 | 25.486,81 |

Polizeizentrum Anklam - Investitionskosten rund 18.700 TEUR

| Jahr | Zusätzliche Kosten in Euro |
|-------------|-----------------------------------|
| vor 2003 | keine Ausgaben |
| 2003 | 107,38 |
| 2004 | 2.572,82 |
| 2005 | 12.198,02 |
| 2006 | 92.640,86 |
| 2007 | 69.576,66 |
| 2008 | 129.704,68 |
| 2009 | 101.653,12 |
| 2010 | 77.852,99 |
| 2011 | 76.448,46 |
| 2012 | 101.726,33 |
| 2013 | 127.043,15 |

Jugendanstalt Neustrelitz – Investitionskosten rund 34.000 TEUR

| Jahr | Zusätzliche Kosten in Euro |
|-------------|-----------------------------------|
| vor 2002 | keine Ausgaben |
| 2002 | 35.179,21 |
| 2003 | 111.915,25 |
| 2004 | 68.456,82 |
| 2005 | 41.894,46 |
| 2006 | 81.412,83 |
| 2007 | 130.529,83 |
| 2008 | 162.807,35 |
| 2009 | 615.816,04 |
| 2010 | 141.584,52 |
| 2011 | 1.167.136,48 |
| 2012 | 280.850,84 |
| 2013 | 204.950,44 |

Amtsgericht Rostock

| Jahr | Zusätzliche Kosten in Euro |
|-------------|-----------------------------------|
| 1997 | 57.105,87 |
| 1998 | - |
| 1999 | - |
| 2000 | - |
| 2001 | - |
| 2002 | - |
| 2003 | 1.414,27 |

Grundbuchamt Rostock

| Jahr | Zusätzliche Kosten in Euro |
|-------------|-----------------------------------|
| vor 2004 | keine Ausgaben |
| 2004 | 567,24 |
| 2005 | 26.766,36 |
| 2006 | - |
| 2007 | 4.081,06 |
| 2008 | - |
| 2009 | 3.008,80 |
| 2010 | - |

Generalstaatsanwaltschaft Rostock

| Jahr | Zusätzliche Kosten in Euro |
|-------------|-----------------------------------|
| vor 2004 | keine Ausgaben |
| 2004 | 132,48 |
| 2005 | 8.251,27 |
| 2006 | 3.654,03 |
| 2007 | 1.184,01 |
| 2008 | 842,98 |
| 2009 | 2.076,34 |
| 2010 | - |
| 2011 | 1.404,56 |
| 2012 | 23.739,84 |

Justizzentrum Stralsund

| Jahr | Zusätzliche Kosten in Euro |
|-------------|-----------------------------------|
| 1996 | 155.658,12 |
| 1997 | 26.497,29 |
| 1998 | - |
| 1999 | 22.412,76 |
| 2000 | - |
| 2001 | - |
| 2002 | 34.995,16 |
| 2003 | 31.856,62 |
| 2004 | 48.269,32 |
| 2005 | 44.045,01 |
| 2006 | 28.318,21 |
| 2007 | 30.494,30 |
| 2008 | 46.938,11 |
| 2009 | 30.847,49 |

Finanzamt Wolgast

| Jahr | Zusätzliche Kosten in Euro |
|-------------|-----------------------------------|
| vor 2005 | keine Ausgaben |
| 2005 | 5.710,20 |
| 2006 | 823,60 |
| 2007 | 949,48 |
| 2008 | 456,25 |
| 2009 | 3.557,43 |

4. Welche Ausstiegsklauseln sind für die einzelnen ÖPP vertraglich ausgehandelt worden und welche Auswirkungen würde eine vorzeitige Vertragsbeendigung jeweils für den Landeshaushalt oder/und die Nutzung haben,
 - a) im Vergleich zu den Kosten bis zum Ablauf der Vertragslaufzeit?
 - b) im Vergleich zu etwaigen Kosten, die im Ergebnis von Verhandlungen zur weiteren Nutzung nach Vertragsablauf entstehen könnten (Nutzungsgebühren/Mietkosten/Kaufkosten)?

Die Geschäftsgrundlage aller Investorenbaumodelle basiert darauf, dass bei Ende der Vertragslaufzeit die investierten Kosten nebst Finanzierungskosten sowie eine Gewinnmarge erwirtschaftet worden sind. Daher wurde bei allen Verträgen schriftlich eine Festlaufzeit vereinbart. Diese Verträge sind nur aus „wichtigem Grund“ im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) kündbar. Teilweise wurde dies in den Verträgen aufgenommen, teilweise nicht. Hier kommt dann die gesetzliche Regelung des § 314 BGB ergänzend zur Anwendung. Einen „wichtigen Grund“ im vorgenannten rechtlichen Sinne erfolgreich geltend machen zu können, erscheint nicht möglich. Eine dennoch ausgesprochene Kündigung würde das Land schadensersatzpflichtig machen, § 314 Absatz 4 in Verbindung mit §§ 280, 281 BGB.

Zu a)

Die sich ergebende Schadensersatzpflicht des Landes sowie die aus der Kündigung sich ergebende Notwendigkeit, ein Ersatzobjekt anzumieten und/oder zu errichten, würde im Ergebnis keine finanziellen Vorteile für das Land bringen.

Zu b)

Finanzielle Auswirkungen vorzeitiger Vertragsbeendigungen, insbesondere die Höhe der jeweiligen Schadensersatzansprüche der Vermieter, im Vergleich zu etwaigen Kosten, die bei einer weiteren Nutzung nach Vertragsablauf entstehen könnten, können nicht benannt werden.

5. Welche Vorstellungen bestehen bei Auslaufen der Vertragslaufzeit für die einzelnen ÖPP, wird das Land über neue Nutzungs-/Mietverträge verhandeln bzw. einen Erwerb favorisieren?

Rechtzeitig vor Ablauf der Mietzeit oder vor der Möglichkeit der Inanspruchnahme einer Kaufoption wird nach Maßgabe des § 7 der Landeshaushaltsordnung untersucht werden, welche zukünftigen Unterbringungsvarianten für das Land am wirtschaftlichsten sind.

Hierzu sind derzeit noch keine konkreten Aussagen möglich. In der Vergangenheit wurden sowohl Objekte angekauft als auch aufgegeben. Die Nutzung der Liegenschaft des Amtsgerichts Ribnitz-Damgarten wird mit Ablauf der Festmietzeit aufgegeben, da der Amtsgerichtsstandort in Folge der Gerichtstrukturreform zu diesem Zeitpunkt entfällt.

6. Wie hoch beliefen sich seit Vertragsbeginn die Mietkosten für die JVA Waldeck, in welchen Haushaltstiteln des Landeshaushaltes wurden diese Kosten bis zum Jahr 2013 ausgewiesen (bitte für jedes Jahr und der Höhe nach auflisten)?

| Haushaltsjahr | Titel | Soll laut Haushaltsplan | Ist** |
|---------------|--------------------|----------------------------|---------------------|
| 1996 | 1214 518.25-9 | 3.700,0 TDM | 3.545.988,30 DM |
| 1997 | 1214 518.25-9 | 7.200,0 TDM | 7.101.739,99 DM |
| 1998 | 1214 518.25, MG 09 | 7.200,0 TDM | 7.699.224,39 DM |
| | 1214 518.30, MG 09 | 643,1 TDM | |
| 1999 | 1214 518.25, MG 09 | 7.200,0 TDM | 8.296.708,78 DM |
| | 1214 518.30, MG 09 | 1.500,0 TDM | |
| 2000 | 1214 518.25, MG 09 | 7.200,0 TDM | 8.296.708,78 DM |
| | 1214 518.30, MG 09 | 1.500,0 TDM | |
| 2001 | 1214 518.25, MG 09 | 7.200,0 TDM | 8.296.708,78 DM |
| | 1214 518.30, MG 09 | 1.200,0 TDM | |
| Zwischensumme | | | 43.237.079,02 DM |
| in EUR: | | | 22.106.767,47 EUR |
| 2002 | 1214 518.25, MG 09 | 3.685,3 TEUR | 4.242.039,84 EUR |
| | 1214 518.30, MG 09 | 614,6 TEUR | |
| 2003 | 1214 518.25, MG 09 | 3.685,3 TEUR | 4.242.039,84 EUR |
| | 1214 518.30, MG 09 | 614,6 TEUR | |
| 2004 | 0903 518.08 | 4.331,9 TEUR | 4.242.039,84 EUR |
| 2005 | 0903 518.08 | 4.683,9 TEUR | 4.586.092,20 EUR |
| 2006 | 0903 518.01* | 4.823,6 TEUR | 4.586.092,20 EUR |
| 2007 | 0903 518.01* | 4.823,6 TEUR | 3.563.807,20 EUR |
| 2008 | 0903 518.01* | 4.159,2 TEUR | 4.085.478,90 EUR |
| 2009 | 0903 518.01* | 4.159,2 TEUR | 4.051.130,58 EUR |
| 2010 | 0903 518.01* | 4.110,9 TEUR | 3.241.070,36 EUR |
| 2011 | 0903 518.01* | 4.110,9 TEUR | 3.720.000,00 EUR |
| 2012 | 0903 518.01* | 4.110,9 TEUR | 4.136.945,43 EUR*** |
| 2013 | 0903 518.01* | 4.110,9 TEUR | 4.148.792,28 EUR*** |
| Summe | | | 70.952.296,14 EUR |

* In den Haushaltsjahren 2006 bis 2013 ist das anteilige Soll für die Justizvollzugsanstalt Waldeck dargestellt.

** Im Ist sind nur die reinen Mietkosten dargestellt.

*** Die Liegenschaft wurde am 1. September 2012 durch den BBL M-V übernommen. Die Ist-Buchungen erfolgen seitdem als Nutzungsentgelte an den BBL M-V auf dem Titel 0903 518.08.

7. Verbergen sich außer den Kosten für die JVA Waldeck noch andere ÖPP in den Titeln (z. B. 518.09) der Einzelpläne für den Doppelhaushalt 2014/2015, in denen an die BBL M-V zu zahlende Nutzungsentgelte für die vom BBL M-V bereitgestellten Grundstücke, Gebäude und Räume für Miet- und Leasingobjekte veranschlagt sind?
- a) Wenn ja, welche ÖPP sind es im Einzelnen?
 - b) Wenn nicht, warum erfolgte keine gesonderte Ausweisung der JVA Waldeck?

Zu 7, a) und b)

Es wird auf die Vorbemerkungen verwiesen. Bei den Objekten handelt es sich nicht um ÖPP, sondern um Hochbaumaßnahmen mit besonderer Finanzierungsform, ebenfalls als Investorenbauten bezeichnet. So wurden sie vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern auch erstmals mit dem Haushalt 1994 im Kapitel 1214 und bisher letztmalig mit dem Haushalt 2014/2015 im Anhang 4 zum Wirtschaftsplan 2014/2015 des Sondervermögens BBL M-V beschlossen.

Die Mieten für Hochbaumaßnahmen mit besonderer Finanzierungsform sind vollständig im Einzelplan 12, Anhang 4 zum Wirtschaftsplan 2014/2015 des Sondervermögens BBL M-V abgebildet. Darüber hinaus sind sie als Aufwendungen in der Finanzposition 13008 im Wirtschaftsplan des Sondervermögens BBL M-V veranschlagt. In den entsprechenden Ressorteinzelplänen sind die Mieten in den Festtiteln 518.09 als Nutzungsentgelte an den BBL M-V berücksichtigt.

Bis zum Haushalt 2004 waren die Mieten für die Justizvollzugsanstalt Waldeck einzeln im Kapitel 1214 ausgewiesen. Bei der Gründung des Sondervermögens Betrieb für Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2002 wurde die Justizvollzugsanstalt nicht in das Sondervermögen aufgenommen (§ 5 Absatz 1 Satz 3 Buchstabe c des Gesetzes zur Errichtung des Sondervermögens "Betrieb für Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern"). Die Bewirtschaftung erfolgte durch das Justizministerium und die Mieten wurden im Kapitel 0903, Titel 518.08 bzw. 518.01 veranschlagt. Die Übernahme durch den Betrieb für Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern erfolgte erst am 1. September 2012. Infolgedessen wurde die Maßnahme erstmals im Haushalt 2014 im Einzelplan 12, Anhang 4 zum Wirtschaftsplan 2014/2015 des Sondervermögens BBL M-V berücksichtigt.

8. Wie viele Kosten spart das Land an Betriebskosten jährlich durch die Freistellung des Investors vom Risiko „Terror“, d. h. den Wegfall der Versicherungsprämie für das Risiko „Terror“ im Rahmen der Gebäudesach- und Haftpflichtversicherung zum Mietobjekt JVA Waldeck?

Im Jahr 2002 erweiterte der Vermieter die abgeschlossene Gebäudeversicherung um die Leistung „Schäden durch Terror“. Das Land beglich bis zum Ablauf des Jahres 2007 die vom Vermieter hierfür aufgewendeten Mehrkosten.

Grundlage war eine entsprechende Abrede im Mietvertrag, § 4 Absatz 6. Die Kosten beliefen sich beispielsweise für das Jahr 2003 auf rd. 16 TEUR, für das Jahr 2005 auf rund 17,5 TEUR. Im Jahre 2007 entband das Land den Vermieter von dieser Versicherungspflicht, da eine Risikoanalyse des Landes ergab, dass ein entsprechender Versicherungsschutz nicht mehr erforderlich war. Eine haushaltsrechtliche Grundlage bestand in § 14 Abs. 15 des Haushaltsgesetzes 2006/2007. Wie hoch die Versicherungsbeiträge heute wären, kann nicht eingeschätzt werden.

9. Über welche durch Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern eingegangenen oder beabsichtigten ÖPP und deren Konditionen hat das Land Kenntnis und werden oder wurden Landesbehörden, beispielsweise zur Prüfung der Verträge, zur Abwägung von Risiken oder sonstiger Beratung der Kommunen einbezogen?

Es ist zu berücksichtigen, dass das Recht der kommunalen Selbstverwaltung eine verbindliche Abfrage bei den Kommunen hinsichtlich eingegangener ÖPP nicht zulässt, da ein konkreter rechtsaufsichtlicher Anlass, der die Ausübung des Informationsrechts nach § 80 der Kommunalverfassung rechtfertigen würde, nicht vorliegt.

Insoweit hat die Landesregierung nur über eingegangene ÖPP der Kommunen Kenntnis, soweit die Kommunen beziehungsweise die unteren Rechtsaufsichtsbehörden eine Beratung erbeten hatten oder die zugrundeliegenden Verträge kommunalverfassungsrechtlich genehmigungspflichtig waren. Hierzu zählen beispielsweise folgende ÖPP:

- Neubau Sportgymnasium Neubrandenburg,
- Sanierung, Neubau, Finanzierung und Betrieb des Sport- und Veranstaltungszentrums Lambrechtsgrund Schwerin,
- Neubau des Gymnasiums Lübz.

Im Ergebnis der Beratungen durch das Ministerium für Inneres und Sport und die zuständigen unteren Rechtsaufsichtsbehörden wurden die zunächst beabsichtigten ÖPP zum Bau der Thermen in Gadebusch und Waren nicht weiter verfolgt.

Auch über künftig beabsichtigte ÖPP der Kommunen liegen der Landesregierung derzeit keine Erkenntnisse vor.

10. Wie beurteilt die Landesregierung grundsätzlich öffentlich-private Partnerschaften?
- a) Welche Vor- und/oder Nachteile bergen ÖPP?
 - b) Sollten ÖPP als Schulden angesehen und damit von der Schuldenbremse erfasst werden?

Zu 10 und 1a)

Die ÖPP Deutschland AG hat im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen oft gestellte Fragen zum Thema Öffentlich-Private Partnerschaften zusammengestellt und in einer Broschüre kurz beantwortet. Die Beantwortung der Fragen wird fortlaufend aufgrund neuer Erkenntnisse oder geänderter Rahmenbedingungen aktualisiert. Die jeweils aktuelle Fassung ist auf der Internetseite www.partnerschaften-deutschland.de/fragen-und-antworten zu finden.

Die wichtigsten Fakten zu Öffentlich-Privaten Partnerschaften, deren vielschichtigen Aspekte sowie deren Vor- und Nachteile werden darin erläutert.

Zu b)

Mit Einführung einer Schuldenregelung in Artikel 109 Absatz 3 Grundgesetz sind Bund und Länder verpflichtet worden, ihre Haushalte grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Mecklenburg-Vorpommern hat die Schuldenbremse als eigene Regelung mit Wirkung ab dem Jahr 2020 in der Landesverfassung verankert. Die Kreditaufnahme im Sinne des Grundgesetzes und der Landesverfassung bezieht sich auf die Begründung von Finanzschulden, die die direkte Zuführung von Geldmitteln an den öffentlichen Haushalt zum Inhalt haben.

Entscheidend bei der Einordnung von öffentlich-privaten Partnerschaften sind das Ziel und die von den Vertragspartnern gewählte vertragliche Ausgestaltung der Zusammenarbeit. In der von der Landesregierung verstandenen Lesart von ÖPP (siehe dazu auch Vorbemerkung) als eine Art des kooperierenden Zusammenwirkens von öffentlicher Hand mit privaten Partnern, die unter gemeinsamer Verantwortung und unter Nutzung auch privater Ressourcen auf die gemeinsame Erbringung einer öffentlichen Aufgabe gerichtet ist, sind die Folgen von ÖPP keine Schulden im Sinne des Grundgesetzes und der Landesverfassung. Vielmehr resultieren die von der Exekutive zu bedienenden Verbindlichkeiten ohne zusätzliche Finanzierungsfunktionen aus im Rahmen der staatlichen Aufgabenerfüllung eingegangenen Waren- oder Dienstgeschäften. Diese sind nach den Grundprinzipien der kameralen Haushaltsführung nur und erst dann im Haushaltsplan auszuweisen, wenn sie im Haushaltsjahr voraussichtlich fällig und damit kassenwirksam werden. Entscheidend ist demnach der Zeitpunkt der Fälligkeit der Verbindlichkeit; somit der Zeitpunkt, zu dem das Land in der Lage sein muss, die Verbindlichkeit zu bedienen. Bei längerfristigen Projekten mit wiederkehrenden, künftige Haushaltsjahre belastenden Ausgaben wird das parlamentarische Budgetrecht durch die haushaltsrechtliche Einräumung von Verpflichtungsermächtigungen gesichert.